

**Christina Küsters
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**

**Sperrfrist: 07. Nov. 2019
16.00 Uhr**

***Rede
zur Verabschiedung
des Haushaltes 2020
am
07. November 2019***

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor gut zwei Monaten ist durch den Kämmerer der Haushaltsentwurf 2020 in den Rat der Stadt eingebracht worden. Dieser enthält, wenig überraschend, eine Gewerbesteuererhöhung.

Dass wir vor einer Steuererhöhung - oder einer anderen, im Prinzip undenkbaren Maßnahme - stehen, passiert nicht zum ersten Mal.

Oft genug sind in der Vergangenheit mit verschiedenen Mehrheiten kurzfristig alternative Austauschmaßnahmen zur Vermeidung von Erhöhungen oder Maßnahmen auf den Tisch gekommen.

Einiges ist nun aber anders:

Mülheim an der Ruhr ist Stärkungspaktkommune und muss sich angesichts der dramatischen Verschuldung mit über 2 Milliarden Euro seiner Rolle im Stärkungspakt immer wieder bewusst werden.

Schließlich bekommt die Stadt seit 2018 nur unter strengsten Auflagen und Bedingungen Entschuldungshilfen vom Land Nordrhein-Westfalen in Höhe von insgesamt 160 Millionen Euro.

Als solche sind wir an das Stärkungspaktgesetz gebunden, nach welchem klar geregelt ist, dass einmal in den Haushaltssicherungsplan aufgenommene Maßnahmen auch umzusetzen sind!

Über gegebenenfalls auftretende zusätzliche Einsparungen oder Mehreinnahmen freut sich die Bezirksregierung, eine Nichtumsetzung der ursprünglich geplanten Maßnahmen ist aber dennoch nicht möglich.

Insoweit sind wir als Stadt Mülheim an der Ruhr grundsätzlich verpflichtet, alle im aufgestellten Haushaltssicherungsplan einmal angedachten Maßnahmen auch zu erfüllen.

Zur Ehrlichkeit hinzu kommt allerdings auch, dass Alternativen, welche ad-hoc die in Rede stehende Summe in die Kasse spülen würden, derzeit auch nicht vorhanden sind. Einige Überlegungen, Maßnahmen und Prüfaufträge sind auf dem Weg oder werden auf den Weg gegeben, aber ein kurzfristiger anderer Ausgleich für die fehlende Summe bei Streichung der Hebesatzanpassung ist derzeit nicht greifbar.

Anders ist insoweit in diesem Jahr auch, dass es vor diesem Hintergrund keine Etatverhandlungen im eigentlichen Sinne gegeben hat.

Aber noch einiges ist anders als noch vor einigen Jahren:

Wir sind den in den letzten beiden Jahren begonnenen Weg zur Abkehr der dramatischen Haushaltsverhältnisse ein ganzes Stück weitergegangen.

Zur Umsetzung der im letzten Jahr angestoßenen, angedachten Personalkostensparnis attestiert uns die Bezirksregierung, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Hier wurde und wird sehr ernsthaft daran gearbeitet, die gesteckten Ziele zu erreichen.

Mit dem interfraktionellen Begleitantrag zum Thema ÖPNV zeigen die drei Antrag stellenden Fraktionen, dass sie sehr wohl gewillt sind, die hier angedachten Einsparungen und eingesetzten Summen auch zu verwirklichen.

Sie haben aber auch gezeigt, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt dabei nicht einseitig zulasten der Kundinnen und Kunden lediglich ein auf Angebotsreduzierungen setzendes Konzept zumuten wollen.

Das jetzt vorliegende Papier ist mit viel Arbeit in mehreren Runden in einer guten und konstruktiven Atmosphäre zustande gekommen. Hierfür möchten wir uns sehr herzlich bedanken.

Die von der Kommunalaufsicht in der letzten Genehmigungsverfügung für den Etat 2018 im Dezember 2018 gestellten Bedingungen werden mit

dem heutigen Etat zusammen mit dem ÖPNV-Haushaltsbegleitantrag erfüllt.

Wichtig ist allerdings, dass als Grundlage für eine solide Entscheidung über zukünftige Ausgestaltungen des ÖPNV zwingend aktuelle Fahrgastzahlen – und zwar umfassend und vollständig - vorliegen müssen. Diese haben wir in der Vergangenheit bereits häufig bei der Ruhrbahn angemahnt und diese sollten Grundlage aller weiteren Überlegungen und Entscheidungen sein.

Neu ist auch, dass darüber hinaus einige Bereiche und Fragestellungen aktuell der Prüfung - auch durch die GPA - unterliegen. Insbesondere werfe ich hier den Blick auf den Sozialetat unter unserem neuen Dezernenten Marc Buchholz. Auch aus diesen Prüfungen werden wir hoffentlich noch weitere Erkenntnisse und Einsparmöglichkeiten erhalten.

Eine neue, gute Nachricht ist zudem, dass ab 2020 die bisherigen jährlichen Solidarpakt-Zahlungen Mülheims, die noch für die Jahre 2017 und 2018 eine Abführung von 4,1 Millionen Euro beziehungsweise 4,8 Millionen Euro sowie einen Etat-Ansatz 2019 in Höhe von 5,8 Millionen Euro zur Folge hatten, entfallen. Hier haben Bund und Land Wort gehalten und die zuletzt sehr umstrittenen Transferzahlungen der finanziell notleidenden NRW-Kommunen für den Solidarpakt Ost beendet. Hierdurch werden wir deutlich entlastet.

Einiges hat sich allerdings auch nicht geändert:

Gleich bleibt, dass -wie auch im letzten Jahr - die heutige Entscheidung eine sprichwörtliche zwischen Pest und Cholera ist.

Gleich bleibt, dass die Handlungsfreiheit, die wir bewahren, sich auf winzige Spielräume erstreckt und es schwer fällt, auch kleinste Summen zur Finanzierung guter Ideen bereitzustellen.

Gleich bleibt, dass der Oberbürgermeister in den Haushaltsüberlegungen vor Ort nicht auftaucht und Gespräche mit der Bezirksregierung in Düsseldorf andere für ihn führen müssen.

Gleich bleibt auch, dass uns als CDU-Fraktion nach wie vor Vieles viel zu langsam und schleppend geht, dass wir glauben, dass da noch viel „mehr“ drin sein muss und mehr als einmal sehr dicke Bretter in der Verwaltung zu bohren sind oder sich Fachbereiche scheinbar gegenseitig bei konsequenten und zügigen Umsetzungen behindern.

Gleich bleibt, dass die Potenziale, wie etwa die Digitalisierung, noch viel mehr genutzt werden könnten und für uns trotz richtiger Erkenntnisse diesbezüglich dann die tatsächliche Umsetzung oftmals langsam und zögerlich erscheint.

Ebenso gleich bleibt, dass längst nicht alle unsere Probleme hausgemacht sind, sondern dass uns nach wie vor Aufgaben übertragen sind, die der Bund und das Land nicht im Rahmen der verfassungsrechtlich verankerten Konnexität komplett der Kommune erstatten.

Weitere Entlastungsmaßnahmen müssen bundes- und landesseitig folgen. Dieses gilt insbesondere und nach wie vor bei den Kosten der Flüchtlingsunterkunft - dass wir hier auf immensen Kosten sitzen bleiben, wissen wir alle - aber auch zum Beispiel im Zuge der Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes oder beim neuerlichen Angehörigen-Entlastungsgesetz, beides inhaltlich voll zu begrüßen, bleiben leider Kosten bei der Kommune hängen.

Und leider auch gleich bleibt, dass Düsseldorf ganz genau und mit einer aus länger vergangenen Entscheidungen resultierenden Skepsis ein Auge auf Mülheim an der Ruhr und die Mülheimer Kommunalpolitik wirft.

Neu ist, das wir zwar erstmals die Hoffnung haben, nach Jahren voller

Defizite mit einem Plus abzuschließen - doch zur Wahrheit gehört auch, dass dieses nur mit Steuererhöhungen möglich war.

Angesichts dieser Ausführungen könnte man es sich vielleicht auch leicht machen und den Haushalt mit brummendem Verweis auf die Dinge, die einem nicht 100-prozentig gefallen, einfach ablehnen.

Dies gilt für meine Fraktion umso mehr, als dass die damalige Entscheidung für den Stärkungspakt und damit die Übertragung des bis dahin geltenden Haushaltssicherungskonzepts in einen nach Stärkungspakt verpflichtend umzusetzenden Haushaltssicherungsplan 2016 nicht mit unseren Stimmen zu Stande kam.

Fakt ist allerdings auch die Alternative, vor der wir stehen:

Hier muss ich mich in großen Teilen im Hinblick auf meine Haushaltsrede aus dem vergangenen Jahr wiederholen - doch jeder Kollegin und jedem Kollege hier im Rat scheint diese noch immer nicht klar geworden zu sein.

Eine Ablehnung der Hebesatzung und eine Ablehnung des Etats insgesamt würden dazu führen, dass kein Haushalt 2020 zu Stande käme.

„Dann ist das eben so.“, wird der eine oder andere sagen.

Was dieses aber wirklich bedeutet, das will ich noch einmal sehr deutlich machen:

-Die Verabschiedung des städtischen Etats 2020 ist die Voraussetzung für die immer noch ausstehende Genehmigung des Etats 2019 durch die Bezirksregierung Düsseldorf als Kommunalaufsicht.

- Der Haushalt ist grundlegende Voraussetzung für die Auszahlung der jährlichen Stärkungspaktmittel in Höhe von 31,7 Millionen Euro.

- Der beschlossene städtische Etat 2020 ermöglicht es überhaupt, parallel

zu den Bemühungen zur Reduzierung des Schuldenberges
Sanierungsmaßnahmen -vor allem auch im Bildungsbereich- im Rahmen
der Investitionsplanung in einem Korridor von über 15 Millionen Euro
durchzuführen. Ohne den Etat 2020 droht absoluter Stillstand!

- Ein Beschluss des Etats 2020 erhöht die Kreditwürdigkeit und Bonität
dieser Stadt. Das hat bei den damit wesentlich besseren Zinskonditionen
auch in der Niedrigzinsphase eine große Bedeutung.

Zinersparnisse in Millionenhöhe werden damit möglich.

- Er erhöht auch die Glaubwürdigkeit der Kommune vor der
Kommunalaufsicht, die uns an der einen oder anderen Stelle entgegen
kommen will und die Vertrauen in die hier handelnden Personen erst
wieder zurückgewinnen muss; die mit einer „Lex Mülheim“ uns als
Stärkungspaktkommune exklusiv gestattet, die seinerzeitige
Grundsteuererhöhung wieder in Teilen zurücknehmen zu dürfen, wenn
anderweitig Überschüsse erwirtschaftet werden.

- Zu allererst aber:

Ja, zu allererst aber würde dann, wenn der Haushalt nicht verabschiedet
wird, durch die Landesregierung ein Beauftragter für den Haushalt in
Mülheim an der Ruhr eingesetzt werden.

Dieser wäre bekanntlich nicht beauftragt, dem Rat weitere Sparvorschläge
zu unterbreiten und auch nicht beauftragt, sich Gedanken über weitere
Sparvorschläge zu machen.

Er würde anstelle des Rates Konsolidierungsmaßnahmen durchführen.

Und dieses bedeutet, dies haben wir spätestens in der Diskussion im
Rahmen der Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr doch deutlich aus
Düsseldorf gehört, nur eins: Steuererhöhungen!

Insoweit steht fest: Wenn der Rat der Stadt die Hebesatzung nicht

entsprechend anpasst, dann wird es ein anderer für ihn tun!

Ob dieses dann aber im heute vorgesehenen Rahmen erfolgt oder aber darüber hinaus ging, ist völlig ungewiss.

Absolut vorstellbar ist womöglich auch, dass auch eine weitere Erhöhung der Grundsteuer B durch diesen - gegebenenfalls sogar zusätzlich - erfolgen würde, um etwa die Erreichung der letztjährig in der Maßnahme 144 eingesetzten Beträge vorsorglich noch einmal abzusichern. Noch im Oktober hat man entsprechende Vorschläge aus Düsseldorf gehört!

Insoweit kann man sich theoretisch zurücklehnen und sagen „Dann ist das eben so.“, „Dann haben nicht wir die Steuern erhöht, das war ja dann dieser Beauftragte“ oder auch „Die Arbeit können mal schön die anderen Fraktionen machen.“

Mit verantwortungsvoller Politik, liebe Kollegen und Kolleginnen, hat das allerdings rein gar nichts zu tun.

Verantwortungsvoll handelt, wer sich mit viel Zeit und Mühe hinsetzt, Kompromisse beim ÖPNV erringt, Zeichen setzt, an die Bürgerschaft, an die Bezirksregierung, dass er es ernst meint, dass er mit an den drängenden Haushaltsfragen arbeiten möchte, dass WIR gemeinsam die finanzielle Lage Mülheims wieder auf den richtigen Weg bringen.

Wir sind nicht dafür gewählt worden, um auf der Besuchertribüne Platz zu nehmen und zuzusehen, wie ein Fremder über unsere Stadt und das Leben der Bürger in unserer Stadt bestimmt. Dieses habe ich in meiner letzten Etatrede bereits deutlich gemacht, und es gilt auch in diesem Jahr.

Wir sind gewählt worden, um Verantwortung zu übernehmen, um Entscheidungen zu treffen!

Wer aber Verantwortung übernehmen will, der muss manchmal wirklich schwer schleppen.

Dieses tun die haushaltstragenden Fraktionen heute abermals.

Und auch hier muss ich mich mit Blick auf die letztjährige Debatte wiederholen:

Wer sich heute hier entscheidet, dass er den Haushalt 2020 nicht mittragen kann, der trifft damit auch eine Entscheidung.

Er trifft die Entscheidung für die Einsetzung eines Beauftragten der Landesregierung!

Er trifft damit die Entscheidung, unsere letzten Handlungsfreiheiten, unsere kommunale Selbstverwaltung aufzugeben!

Er trifft die Entscheidung Steuererhöhungen zuzulassen und deren Art und Höhe in die Hände eines Anderen zu geben!

Er trifft die Entscheidung, der Stadt den Weg zu Fördermöglichkeiten zu verbauen!

Er verhindert die Auszahlung der Stärkungspaktmittel in Höhe von knapp 32 Millionen Euro per anno!

Er verschlechtert massiv die Kreditwürdigkeit und Bonität dieser Stadt und verursacht damit erhebliche Mehrausgaben!

Er erkennt die Bemühungen, die Arbeit und Ideen des interfraktionellen Arbeitskreises Haushalt, der Gemeindeprüfungsanstalt und auch der Bürgerschaft nicht an!

Und er verhindert Sanierungsmaßnahmen und Investitionsplanung! Er sorgt für Stillstand!

Ein beschlossener und genehmigter Haushalt ist Grundvoraussetzung für städtisches Handeln. Und so kann ich die Fraktionen, die Ratsmitglieder nicht verstehen, die Jahr für Jahr andere diese Voraussetzungen für sich schaffen lassen.

Natürlich muss man hierbei nicht alles mittragen. Aber wer Jahr für Jahr zeigt, dass er aus grundsätzlichen Erwägungen nicht gewillt ist, Verantwortung zu übernehmen und die Voraussetzungen für alle weiteren Entscheidungen in einem Haushaltsjahr zu übernehmen, der macht es sich verdammt leicht. Manchmal muss es jemanden geben, der auch unbequeme Entscheidungen trifft, der auswählt zwischen Pest und Cholera, der „verdammt schwer“ schleppen muss.

Wer sich nur die „Kirschen“ heraussucht und den Bürgerinnen und Bürgern Versprechen macht, für die andere die Grundlagen legen sollen, der sollte sein Handeln ernsthaft überdenken.

Wir alle wollen investieren, in Bildung, Sport, Kultur. Wir sollten uns dafür einsetzen, dass Mülheim an der Ruhr eine Stadt ist, in der man gerne lebt. Uns ist es in den vergangenen Jahren noch gelungen, trotz der verheerenden Haushaltslage, Investitionen zu tätigen. Wer nach Mülheim an der Ruhr kommt, der sieht spürbar noch einen Unterschied zu anderen Stärkungspaktkommunen.

Und auch, wer das Votum des letzten Bürgerentscheides zum VHS-Standort ernst nimmt, dem müsste alles daran liegen, richtig und ehrlich mitzuarbeiten und einen Haushaltsbeschluss herbeizuführen.

Und so möchte ich noch einmal ausdrücklich appellieren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich der Verantwortung als gewählte Ratsmitglieder dieser Stadt zu stellen.

Wir als CDU-Fraktion werden dieses tun und dem Haushalt zustimmen. Wir tun dieses, wieder, nicht nur mit zusammengebissenen Zähnen sondern auch unter Zurückstellung unserer allergrößter Bedenken. Weil wir den Kopf irgendwie über Wasser halten wollen, weil wir handlungsfähig bleiben wollen, weil wir der Kommunalaufsicht zeigen wollen, dass wir Verantwortung übernehmen, dass man sich auf die Politik in dieser Stadt vielleicht doch verlassen kann und kein anderer für uns Entscheidungen treffen muss, der dann rein finanzielle Interessen als Priorität setzt und sonst nichts mehr.

Uns fällt dieses als CDU-Fraktion extrem schwer. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer ist klar eine unserer roten Linien. Diese überschreiten wir heute, weil eine ebenso hohe oder höhere Anpassung der Hebesatzung nicht durch uns, sondern den Beauftragten der Landesregierung, der Wirtschaft ebenso wenig nützt. Gleiches gilt für eine Stadt, die völlig handlungsunfähig ist und in der Investitionen in Infrastrukturen nicht mehr möglich sind, in der kein Geld da ist, um Digitalisierung voranzutreiben und in der man sich über Flächenverbräuche überhaupt nicht mehr zu streiten braucht, weil sowieso kein Geld für Prüfungen oder Umsetzungen da wäre.

Dennoch bleibt es noch ein sehr weiter Weg, bis die katastrophale finanzielle Lage der Stadt vielleicht einmal überwunden ist. Unwägbarkeiten bleiben. Wie schnell durch Entscheidungen von außen oder Entwicklungen Löcher in dem mühsam zusammengestopften Haushalt entstehen können, haben wir alle in der Vergangenheit gesehen. Mit Blick auf die bereits angesprochene Niedrigzinsphase können wir alle für den Haushalt nur hoffen, dass diese weiter anhält. Denn bis wir tatsächlich bei echtem „Sparen“ angekommen sind, wir also von Vorhandenem einen Teil beiseite legen können, bis wir uns zu einem großen Teil entschuldet haben, wird noch viel Zeit vergehen.

Klar ist, dass wir weiter auf ein echtes Umsteuern und die weitere Einsparung von Kosten setzen. Die Bürgerinnen und Bürger nur immer weiter zu belasten, das wird es mit der CDU-Fraktion nicht geben. Das sage ich, wo wir gerade beim weiten Blick in die Zukunft sind, etwa hinsichtlich der Verabschiedung der Grundsteuerreform und der in den nächsten Jahren anstehenden konkreten Umsetzung.

Abschließend möchte ich mich bedanken:

Ich bedanke mich im Namen der CDU-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, die zum Haushaltsentwurf 2020 beigetragen haben und die uns für Fragen und Diskussionen zur Verfügung standen.

Weiter bedanken möchten wir uns bei unserem Kämmerer, Frank Mendack.

Ebenso bedanken wir uns beim Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt, Heinrich Böckelühr, der sich nun seit weit mehr als einem Jahr mit aller Kraft für unsere Stadt einsetzt, obwohl er es für Mülheim an der Ruhr nicht müsste. Dafür, dass er noch immer nicht die Lust an uns verloren hat und noch nicht nach der einen oder anderen Diskussion Reißaus genommen hat, sondern nicht nur an den Sitzungen des Arbeitskreises Haushalt teilnimmt, sondern auch weiter vielfältig in Gesprächen mit der Bezirksregierung ein gutes Wort für uns eingelegt und für uns und unsere Anliegen geworben hat. Er begleitet als verständnisvoller und fairer Partner der Stärkungspaktkommune Mülheim an der Ruhr den Konsolidierungskurs, weil er an eine verantwortungsvolle Politik in dieser Stadt glaubt.

Dieses gilt ebenso für Herrn Dirk Glasen, dem Teamleiter der Task Force Stärkungspakt und Organisationsberatung, der, nicht nur unsere Sitzungen, ebenfalls von Seiten der Gemeindeprüfungsanstalt begleitet hat.

Nicht zuletzt möchten wir uns bei den Fraktionen bedanken, die den Haushalt 2020 heute mittragen und eine Verabschiedung damit möglich machen - Dafür, dass wir abermals gemeinsam Verantwortung für diese Stadt und die Bürger, die in ihr leben, übernehmen und dieses offen und konstruktiv tun.

Es erwarten uns - und den in einem Jahr zu wählenden Rat - weitere schwierige Diskussionen und noch ein sehr weiter Weg hin zu einer verbesserten Haushaltssituation insgesamt.

Doch es lohnt sich! Für unsere wunderschöne und lebens- und lebenswerte Stadt Mülheim an der Ruhr.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.